

Oekumenische Versammlung

Mainz 30.04.–04.05.2014

"Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung"

Gerechtigkeit · Frieden · Bewahrung der Schöpfung



Der Krieg in Gaza: Mahnruf an die weltweite Ökumene der Kirchen

Die Steuerungsgruppe der Ökumenischen Versammlung 2014 in Mainz nimmt die gegenwärtig immer gravierender werdende Situation der Zivilbevölkerung in Gaza und im unmittelbar benachbarten Israel zum Anlass für einen Mahnruf.

Der Palästina-Israel-Konflikt war ein Thema auf unserer Versammlung in Mainz. In unserer abschließenden, uns selbstverpflichtenden Botschaft vom 4. Mai 2014 treten wir entschieden für die Ächtung der Drohung und der Anwendung von militärischer Gewalt in Konflikten ein. Einen Absatz weiter heißt es dann ganz klar: *"Die universale Achtung der Menschenrechte lässt keinen Raum für ihre Einschränkung und Nichtbeachtung. Menschenrechtsverletzungen müssen benannt, zur Anklage gebracht und bestraft werden, von wem und an wem sie auch immer begangen werden."*

Wir sehen, dass die Menschenrechte der Zivilbevölkerungen im Gazastreifen und in Israel im aktuellen Krieg massiv verletzt werden, und wollen diese Menschenrechtsverletzungen unserer Selbstverpflichtung gemäß benennen! Deshalb fordern wir von den Konfliktparteien zu allererst einen sofortigen Stopp der Kampfhandlungen und des gegenseitigen Beschusses, um die Versorgung der Menschen mit dem Nötigsten gewährleisten zu können. Alle Waffenlieferungen in die Region müssen unterbleiben.

Ursächlich für den gegenwärtigen Gewaltausbruch um Gaza ist in unseren Augen aber vor allem die permanente, perpetuierte Menschenrechtsverletzung, die sich seit Jahren in der kompletten Abriegelung des kleinen Stück Lands mit beinahe 2 Millionen EinwohnerInnen von der Außenwelt manifestiert. Unmittelbar nach einer Waffenruhe muss Gaza geöffnet werden für eine den Menschen dienende wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Parallel müssen endlich umfassende Verhandlungen in Gang kommen mit dem Ziel einer realistischen Zukunftsperspektive für die Menschen in Israel und Palästina.

Von der Verfolgung dieses Ziels kann die weltweite Ökumene der Menschen guten Willens, zumal in dieser Weltregion, die die drei abrahamitischen Religionen hervorgebracht hat, nicht mehr guten Gewissens ablassen. Kein Raum mehr für die Einschränkung und Nichtbeachtung der Menschenrechte!

Wir fordern alle in der Ökumene des Weltkirchenrats verfassten Kirchen und ihre AmtsträgerInnen, wir fordern Papst Franziskus und alle Repräsentanten der katholischen Kirche auf, unseren Mahnruf für Menschenrechte zu unterstützen, zu

verbreiten und gegenüber allen politisch Verantwortlichen zu vertreten. Mit dem laufenden Ökumenischen Begleitprogramm des ÖRK in Palästina und Israel (EAPPI), in dem seit mehr als 10 Jahren Freiwillige als Menschenrechtsbeobachter vor Ort tätig sind, haben die Kirchen schon begonnen, Praxis und Erfahrungsschatz für das Ziel einer Zukunftsperspektive für Israel und Palästina zu sammeln.

Mainz, 5. August 2014,

als Mitglieder der Steuerungsgruppe der ÖV 2014 in Mainz:

- PD Dr. med. Ulrich Börngen, Interreligiöse Gemeinschaft für Frieden (IGF), Stuttgart
- Horst Scheffler, Leitender Militärdekan a.D., Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Bonn
- Klaus Wazlawik, Ökumenische Initiativgruppe Eine Welt, Treptow-Köpenick
- Lic. Theol. Peter Schönhöffer M.A., Projektkoordinator Ökumenische Versammlung Mainz, Ingelheim
- Frederik Grüneberg, Arbeitsgruppe „Konziliarer Prozess - Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ der Herrnhuter Brüdergemeine in der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität, Leipzig
- Christof Grosse, pax christi Freiburg; Ökumenisches Netz Württemberg (ÖNW), Pforzheim
- Michael Held, Arbeits- und Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung; Kokreis Ökumenisches Netz in Deutschland (ÖNiD), Bad Hersfeld
- Sylvia Dieter, Sprecherin des Ökumenischen Netzes Württemberg (ÖNW); Kokreis Ökumenisches Netz in Deutschland (ÖNiD), Lauffen
- Luise Jarck-Albers, Pfarrerin in Heide (Holstein)
- Werner Gebert, Geschäftsführer PLÄDOYER, Ofterdingen
- Martin Rambow, Netzwerk Friedenssteuer; Freiwilliger im EAPPI-Programm des ÖRK